Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Mittwoch, 19.06.2013
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesend waren

vom Ausschuss:

Frau Bauder-Wöhr, Tanja - Marburger Linke	Vertretung für: Frau Adsan, Halise
Frau Dirmeier, Martina - SPD	
Herr Kissel, Winfried - CDU	
Frau Lotz-Halilovic, Erika - SPD	Vertretung für: Frau Böttcher, Bettina
Frau Messik, Marion - B90/Die Grünen	
Herr Muth, Stephan - CDU	
Frau Dr. Perabo, Christa - B 90 / Die Grünen	
Herr Scherer, August - CDU	Vertretung für: Herrn Vaupel, Dirk
Frau Seelig, Johanna - SPD	
Herr Severin, Ulrich - SPD	
Herr Dr. Weber, Michael - Piratenpartei	
Frau Adsan, Halise - Marburger Linke	entschuldigt
Frau Böttcher, Bettina - SPD	entschuldigt
Herr Sawalies, Torsten - FDP	entschuldigt
Frau Suntheim-Pichler, Andrea - BfM	entschuldigt
Herr Dr. Uchtmann, Hermann - MBL	entschuldigt
Herr Vaupel, Dirk - CDU	entschuldigt

vom Magistrat:	Oberbürgermeister Herr Vaupel, Bürgermeister Herr Dr. Kahle
vom Seniorenbeirat:	Frau Heise
von der Verwaltung:	Frau Bohnke, Frau Meier, Frau Volkert
von der Presse:	Herr Wisker (Oberhessische Presse)

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Mit der Tagesordnung in Gestalt der Nachtragstagesordnung sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15. Mai 2013
Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 2 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/2384/2013
Oberbürgermeister Herr Vaupel erläutert zu dieser Vorlage, dass aus juristischen Gründen verschiedene Formulierungen nachträglich geändert worden sind und der Ausschuss nimmt hiervon Kenntnis. Fragen der Mitglieder werden beantwortet. Herr Vaupel führt aus, dass noch in diesem Jahr ca. 200 Wohnungen, die jedoch nicht alle preisgebunden sein werden, für Studierende sowie weitere ca. 100 Sozialwohnungen in Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften entstehen werden.

Die von Herrn Liprecht, Stadtentwicklungsreferent, gefertigte Zusammenstellung bezüglich anderweitiger Recherchen wird den Mitgliedern des Ausschusses als Tischvorlage verteilt.

TOP 3 Marburger Ortsrecht
Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung über die Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen sowie in den Anlagen der Universitätsstadt Marburg (Marburger Stra-ßenordnung)
Vorlage: VO/2386/2013
Nach Aufruf des Tagesordnungspunkts werden den Anwesenden als Tischvorlage die zuletzt geänderte Fassung der Gefahrenabwehrverordnung sowie eine dazugehörende Synopse verteilt. Oberbürgermeister Herr Vaupel erläutert die vorgenommenen Änderungen und Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Die Vorlage wird mit den Stimmen von SPD, B90/Die Grünen und CDU bei Enthaltung der Marburger Linke mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

TOP 4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufgabenstellung Wohnungsmarktanalyse
Vorlage: VO/2302/2013
Herr Schalauske erklärt den Antrag aufgrund des im Protokoll vorgelegten Magistratsbeschlusses zur Auftragsvergabe als erledigt.

TOP 5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. ÖPNV-Nulltarif für StadtpassinhaberInnen
Vorlage: VO/2305/2013
Frau Bauder-Wöhr erläutert die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion und Herr Schalauske ergänzt die Ausführungen. Bürgermeister Herr Dr. Kahle spricht aus

Sicht des Magistrats. Als Ergebnis der Diskussion hält die Vorsitzende fest: Antragsziel soll eine Erhöhung des Stadtpass-Zuschusses für ÖPNV-Monatskarten sein. Sie soll verhindern, dass Transferleistungsempfängerinnen und –empfänger einen Eigenanteil aufbringen müssen.

Die Vorlage wird einvernehmlich zurückgestellt, damit die Verwaltung bis zur nächsten Ausschusssitzung Gelegenheit zur Erarbeitung einer Modellrechnung für das angestrebte Ziel hat und die Antrag stellende Fraktion eine entsprechende Änderung ihres Antrags vornehmen kann.

TOP 6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kein laufender Stellenabbau am UKGM
Vorlage: VO/2368/2013

TOP 7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Universitätsklinikum
Vorlage: VO/2404/2013

TOP 8 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Kein Stellenabbau am UKGM
Vorlage: VO/2414/2013

TOP 6,7 und 8 werden gemeinsam aufgerufen mit dem Ziel, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Die Vorsitzende macht Vorschläge, die im Laufe der Diskussion zu folgenden Formulierungen für einen gemeinsamen Antrag führen:

Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, CDU, Marburger Linke, Piraten und SPD
Betr.: Stärkung des UKGM als Ort der regionalen und überregionalen medizinischen Versorgung, der Forschung und Lehre – deshalb kein Stellenabbau, Personalmindeststandards, Inbetriebnahme der Partikeltherapie und Konzept für eine öffentlich kontrollierte Struktur des UKGM

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert den laufenden Stellenabbau durch die Rhön AG am Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM). Sie ist in großer Sorge über die sich dadurch verschlechternden Bedingungen für eine gute Patient/-innenversorgung in der Region.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb die Landesregierung auf, sich unmissverständlich für ein sofortiges Ende des Stellenabbaus durch ein verbindliches Stellenmoratorium einzusetzen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert erneut von der Landesregierung, die Entwicklung qualitativer und quantitativer Personalmindeststandards für die Universitätskliniken.

4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert alle Beteiligten dazu auf, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass die Partikeltherapie in den klinischen Betrieb genommen wird.

5. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, ein Kon-

zept für die Rückführung des UKGM in eine öffentlich kontrollierte Struktur vorzulegen.

6. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Unterzeichner des "Letter of Intent" zu dessen Einhaltung und unverzüglichen Umsetzung auf.

Die Marburger Linke äußert Bedenken gegenüber Punkt 6.

Einverständnis besteht, dass dieser Änderungsvorschlag ohne Beratung in den Fraktionen nicht abgestimmt werden kann. Die Vorsitzende wird den Text deshalb den Fraktionsvorsitzenden für die Fraktionsberatungen am Montag zuschicken, damit der Antrag im HFA behandelt und abgestimmt werden kann und damit auch in der letzten STVV vor den Ferien.

Es besteht auch Einvernehmen, den gemeinsamen Antrag mit einer öffentlichen **Aussprache** in der STVV wegen der aktuellen Brisanz zu verbinden. Allerdings soll pro Fraktion nur eine Person reden, um die jeweiligen Schwerpunkte sichtbar zu machen.

TOP 9 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Änderung der Nutzung des Spielplatzes Lutherischer Kirchhof
Vorlage: VO/2285/2013

Die Antrag stellende Fraktion ist nicht anwesend. Bürgermeister Herr Dr. Kahle weist darauf hin, dass aufgrund eines Stadtverordnetenbeschlusses vor zwei Jahren die Umgestaltung des Spielplatzes in diesem Jahr erfolgen wird.

Der Antrag stellenden Fraktion soll vorgeschlagen werden, die Vorlage vor diesem Hintergrund zurück zu nehmen.

TOP 10 Verschiedenes

Hierzu liegen keine Themen zur Beratung vor.

Marburg, 19.06.2013

Vorsitzende:

Dr. Christa Perabo
Stadtverordnete

Protokoll:

Peter Schmidt
Geschäftsstelle